



Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung und Stabilisierung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)

(Förderrichtlinie Kleingartenwesen)

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

- 1.1 Die Stadt Halle (Saale) gewährt auf der Grundlage des § 29 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) vom 16.12.2015 (GVBl. LSA S. 636) und unter entsprechender Anwendung der §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO LSA) vom 30.04.1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 17.02.2012 (GVBl. LSA S. 52,54) einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO, RdErl. des MK vom 28.01.2013, MBl. LSA S: 73) in den jeweils geltenden Fassungen, außerdem nach den Bestimmungen des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) vom 28.02.1983 (BGBl. I S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19.09.2006 (BGBl. I S. 2146) sowie nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen für die Förderung und die Stabilisierung des Kleingartenwesens.

Mit den Zuwendungen werden die Ziele verfolgt, das Kleingartenwesen in der Stadt Halle (Saale) zu fördern und zu stabilisieren und die Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) umzusetzen (Anlage 1 dieser Förderrichtlinie).

- 1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Stadt Halle (Saale) entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch schriftlichen Bescheid. Für einen Kleingartenverein kann im jeweiligen Haushaltsjahr nur eine (Projekt-) Förderung gewährt werden.

2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Förderfähig sind Maßnahmen zur Sanierung von Gemeinschaftseinrichtungen innerhalb bestehender Kleingartenanlagen (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BKleingG), soweit sie den Aufgaben des Kleingartenwesens entsprechen. Dazu zählen insbesondere

- Vereinsheime und Räumlichkeiten, die für die Öffentlichkeit zugänglich sind (außer verpachtete und Neubauten),
- Außeneinfriedungen,
- Wege,

sowie die Aufwendungen für die Neuanlage oder Sanierung von

- Kinderspielplätzen,
- Erholungsflächen und – einrichtungen,
- Stellplätzen mit Schotterdecken.



Keine Zuwendungen werden gewährt für:

- Sanitäreinrichtungen in verpachteten Vereinsgaststätten,
- den Landerwerb,
- die Erstattung öffentlich-rechtlicher Lasten (Ausbaubeiträge u. ä.),
- Unterhaltungsmaßnahmen für Gebäude und sonstige bauliche Anlagen.

- 2.2 Förderfähig sind Maßnahmen zum Abbruch oder zur Beseitigung von Baulichkeiten der Gemeinschaftsanlagen in bestehenden Kleingartenanlagen, in Einzelfällen auch von Lauben und sonstigen baulichen Anlagen, soweit diese der Beräumung von Kleingartenanlagen dienen und keine Rechtspflicht zum Rückbau der Baulichkeiten besteht oder der ursprüngliche Pächter nicht dazu in der Lage ist.
- 2.3 Förderfähig sind außerdem die teilweisen bzw. vollumfänglichen Erstattungen von Entschädigungszahlungen nach § 11 BKleingG bei der Kündigung von Einzelpachtverhältnissen, soweit die Entschädigung den Bewertungsrichtlinien für die Wertermittlung von Kleingärten des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Gartenfreunde e.V. in ihrer jeweils gültigen Fassung entspricht und die Entschädigungszahlung zwingend zur Beräumung von Kleingartenanlagen erforderlich ist.
- 2.4 Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Antragstellung entstehen (z. B. Auslagen für Kopien, Baugenehmigungsgebühren), sind grundsätzlich nicht förderfähig.

3. Zuwendungsempfänger (Kleingartenverein)

Zuwendungsempfänger nach dieser Richtlinie sind ausschließlich Kleingartenvereine, die die Voraussetzungen des § 2 BKleingG in seiner jeweiligen Fassung erfüllen und insbesondere ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben und deren Kleingartenanlage ausschließlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) liegt.

4. Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Die Zuwendungsvoraussetzungen richten sich nach Nr. 1 der VV zu § 44 LHO LSA. Insbesondere dürfen Zuwendungen zur Projektförderung nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind.
- 4.2 Maßnahmenbeginn; Verwendungszeitraum:

Vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides darf nicht mit der Durchführung der beantragten, nach dieser Richtlinie förderfähigen Maßnahme begonnen werden. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn - wie z. B. der Abschluss von Verträgen zu Lieferungen und Leistungen, Materialkauf, bauliche Ausführung der Maßnahme - führt zur Ablehnung des Förderantrages bzw. zum Widerruf des Zuwendungsbescheides; dies gilt nicht, wenn der vorzeitige Maßnahmenbeginn von der Bewilligungsbehörde ausnahmsweise genehmigt wurde.
- 4.3 Der Bewilligungszeitraum beginnt am Tag der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides und endet am 31.12. des laufenden Jahres. Ausnahmen hiervon können von der Bewilligungsbehörde erteilt werden.



5. Besondere Zuwendungsvoraussetzungen

- 5.1 Voraussetzung einer Förderung nach dieser Richtlinie ist, dass die förderfähige Maßnahme nach Ziffer 2.1 bis Ziffer 2.3 die Anforderungen der Ziffern 5.1.1 bis 5.1.4 wie folgt erfüllt:
 - 5.1.1 Entwicklungsziele der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) verfolgt (Anlage 1 zu dieser Richtlinie) und diese
 - 5.1.2 als „Prioritärer Erhaltungsbereich“ oder „Erhaltungsbereich mit optionaler Umstrukturierung“ eingestuft ist,
 - 5.1.3 die zeitlich angemessene und barrierefreie Zugänglichkeit der Kleingartenanlage für die Öffentlichkeit gewährleistet ist (Fördergegenstand nach Ziffer 2.1),
 - 5.1.4 und der Pächter schriftlich auf eine Entschädigungszahlung nach § 11 BKleingG verzichtet hat (Fördergegenstand nach Ziffer 2.2).
- 5.2 In „Umstrukturierungsbereichen“ mit dem Entwicklungsziel „Rückbau bei Leerstand“ ist davon abweichend eine Förderung nach Ziffer 2.2 und Ziffer 2.3 dieser Richtlinie möglich.

6. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 6.1 Bei der Förderung nach dieser Förderrichtlinie handelt es sich um eine Projektförderung nach VV Nr. 2.1 zu § 23 LHO LSA (Zuwendungsart).
- 6.2 Die Förderung nach Ziffer 2.1 dieser Förderrichtlinie wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss als Anteilfinanzierung gewährt (Finanzierungsart und Form der Zuwendung).

Bemessungsgrundlage:

Für die Finanzierung von Maßnahmen nach Ziffer 2.1 dieser Richtlinie können Zuwendungen bis zu einer Höhe von 90 % der zuwendungsfähigen Aufwendungen gewährt werden. Zu den zuwendungsfähigen Aufwendungen zählen die mit der Maßnahme verbundenen Kosten (z. B. Material- und sonstige Sachkosten, anerkannte Eigenleistungen). Insbesondere fallen hierunter auch die Honorare für Architekten und Ingenieure in der jeweils geltenden Fassung der Gebührenordnung.

Die Mindestgrenze der zuwendungsfähigen Aufwendungen wird auf 500,00 EURO festgesetzt.

Unbare Eigenleistungen des Zuwendungsempfängers, d.h. geldwerte Leistungen, bei denen keine kassenwirksamen Geldzahlungen an Dritte (Ausgaben) entstehen, können als Eigenanteil an der Finanzierung anerkannt werden. Höhe und Umfang der unbaren Leistungen sind sowohl im Finanzierungsplan als auch im Verwendungsnachweis in geeigneter Form nachzuweisen. Unbare Eigenleistungen können, bezogen auf den Gesamtumfang der Maßnahme, bis zu einer Höhe von 30 % der zuwendungsfähigen Ausgaben anerkannt werden.

- 6.3 Die Förderung nach Ziffer 2.2 dieser Förderrichtlinie wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss als Anteilfinanzierung bis zu einer Höhe von 50 % der Abbruch- und Beseitigungskosten gewährt (Finanzierungsart und Form der Zuwendung).



Für die Finanzierung von Maßnahmen nach Nummer 2.2 dieser Richtlinie werden Zuwendungen in voller Höhe der gezahlten Kündigungsentschädigung gewährt, wenn die Entschädigungszahlung der Umsiedlung eines Kleingärtners in eine andere Kleingartenanlage zwingend erforderlich ist.

Eine Umsiedlung liegt vor, wenn die Kündigung eines Einzelpachtvertrages in einer nach dem Zielkonzept nach Ziffer 5.2 dieser Richtlinie zur Beräumung vorgesehenen Kleingartenanlage bzw. Teilfläche davon und Neuabschluss eines Einzelpachtvertrages in einer anderen, nicht zur Beräumung nach dem Zielkonzept nach Ziffer 5.2 dieser Richtlinie vorgesehenen Kleingartenanlage oder Teilfläche davon erfolgt.

- 6.4 Die Förderung nach Ziffer 2.3 dieser Förderrichtlinie wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss als Vollfinanzierung gewährt (Finanzierungsart und Form der Zuwendung).

7. Verfahren

Soweit in dieser Förderrichtlinie nichts anderes bestimmt ist, sind für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung, den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, sowie für die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung (Rücknahme, Widerruf) des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen, deren Erstattung und die Verzinsung des Erstattungsanspruchs die Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 LHO LSA in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend anwendbar.

7.1 Antrag (durch Kleingartenverein)

Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag des Kleingartenvereins nach vorgegebenem Formblatt (Anlage 2) gewährt.

Anträge müssen bis zum 15. September des laufenden Jahres vorliegen, damit Fördermittel für das folgende Jahr bewilligt werden können.

- 7.1.1 Dem Antrag für eine Förderung nach Ziffer 2.1 dieser Richtlinie sind folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Begründung und ausführliche Beschreibung der Maßnahme;
- b) detaillierte Kostenaufstellung und Finanzierungsplan; Bestätigung über unbare Eigenleistungen;
- c) Lage- und Bauplan, in denen die vorgesehenen Maßnahmen eingezeichnet sind;
- d) bauaufsichtliche Genehmigung, soweit eine solche erforderlich ist;
- e) Vorlage eines Nachweises über die Zustimmung des Grundstückseigentümers;
- f) Auszug aus dem aktuellen Vereinsregister und Kopie des gültigen Anerkennungsbescheides über die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit.

- 7.1.2 Dem Antrag für eine Förderung nach Ziffer 2.2 dieser Richtlinie sind folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Begründung und ausführliche Beschreibung der Abbruch- bzw. Beseitigungsmaßnahme einschließlich der Folgenutzung;
- b) detaillierte Kostenaufstellung und Finanzierungsplan;
- c) Lageplan, in dem die vorgesehenen Maßnahmen eingezeichnet sind;
- d) bauaufsichtliche Genehmigung, soweit eine solche erforderlich ist;



- e) Vorlage eines Nachweises über die Zustimmung des Grundstückseigentümers und Klärung des Pachtverhältnisses für die zu beräumenden Kleingartenflächen;
 - f) Auszug aus dem aktuellen Vereinsregister und Kopie des gültigen Anerkennungsbescheides über die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit;
 - g) Vorlage eines Nachweises des Pächters über den Verzicht auf eine Entschädigungszahlung nach § 11 BKleingG.
- 7.1.3 Dem Antrag für eine Förderung nach Ziffer 2.3 dieser Richtlinie sind folgende Unterlagen beizufügen:
- a) Abschrift des verbindlichen Wertermittlungsprotokolls/Schätzprotokolls ;
 - b) Vorlage eines Nachweises über die Zahlung der Entschädigung (Kontoauszug, o.ä.);
 - c) Abdruck des gekündigten Einzelpachtvertrages;
 - d) Abdruck des neu abgeschlossenen Einzelpachtvertrages (bei Umsiedlung);
 - e) Vorlage eines Nachweises des Antragstellers darüber, dass die Parzelle geräumt und an den Kleingartenverein übergeben wurde (Übergabeprotokoll).
- 7.2 Antragsstelle (Antrag annehmende Stelle)
Kleingartenvereine, die im Stadtverband der Gartenfreunde Halle/Saale e.V organisiert sind, geben ihre Anträge bei dessen Geschäftsstelle ab. Der Stadtverband der Gartenfreunde Halle/Saale e.V. leitet alle vollständig vorliegenden Anträge als einen gebündelten Sammelantrag bis zum 15. Oktober des laufenden Jahres an die Bewilligungsbehörde weiter.
Kleingartenvereine, die nicht im Stadtverband der Gartenfreunde Halle/Saale e.V. organisiert sind, geben den Antrag bei dem Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale) ab.
- 7.3 Bewilligungsbehörde (gewährende Stelle)
Bewilligungsbehörde ist der Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale).
Über die Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme und über die Priorität der zu fördernden Maßnahmen entscheidet die Bewilligungsbehörde. Vorrangig gefördert werden sollen Maßnahmen, die auch der Erholungsnutzung der Öffentlichkeit dienen. Das Einvernehmen des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Halle (Saale) mit dem Fachbereich Immobilien der Stadt Halle (Saale) muss vorliegen.
Der Stadtrat erhält eine jährliche Information über die bewilligten Maßnahmen von der Bewilligungsbehörde.
- 7.4 Verwendungsnachweise durch den Zuwendungsempfänger
Die Zuwendung erfolgt als Erstattung der gemäß Ziffer 6 dieser Förderrichtlinie nachgewiesenen Aufwendungen. Für Fördermaßnahmen nach Ziffern 2.1 und 2.2 dieser Richtlinie ist ein einfaches Verwendungsnachweisverfahren durchzuführen; für Fördermaßnahmen nach Ziffer 2.3 dieser Richtlinie wird ein Verwendungsnachweisverfahren nicht durchgeführt. Der einfache Verwendungsnachweis ist vom Zuwendungsempfänger (Kleingartenverein) spätestens 3 Monate nach Abnahme der geförderten Maßnahme durch die Bewilligungsbehörde an diese zu leiten. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem inhaltlichen Sachbericht einschließlich Fotodokumentation und einem



zahlenmäßigen Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des Kosten- und Finanzierungsplanes für das geförderte Vorhaben.

7.5 Prüfungsrecht

Die Stadt Halle (Saale) ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

7.6 Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückzahlung der gewährten Fördermittel

Nicht verbrauchte oder nicht mehr benötigte Zuwendungen sind unverzüglich an die Stadt Halle (Saale) zurückzuzahlen. Wird der Zweck der Zuwendung ohne Zustimmung geändert, der Verwendungsnachweis nicht ordnungsgemäß geführt oder nicht rechtzeitig vorgelegt, so behält sich die Stadt Halle (Saale) den Widerruf des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Fördermittel vor.

Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensgesetz (insbesondere §§ 48, 49 Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird.

8. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

8.1 Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid

Der Zuwendungsbescheid wird mit Nebenbestimmungen im Sinne des § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz versehen. Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AN Best-P) in der zurzeit gültigen Fassung vom 20.12.2012 sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

8.2 Inanspruchnahme von Drittmitteln

Eine gleichzeitige Inanspruchnahme öffentlicher Mittel im Rahmen anderer Förderprogramme für die gleiche Maßnahme schließt eine Zuwendung nach dieser Förderrichtlinie nicht aus.

9. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“ vom 25.03.2015 außer Kraft.

Halle (Saale), den 15.08.2016

gez.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

- Siegel -



Anlagen

- **Anlage 1:**
Entwicklungsziele der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) gemäß Beschluss des Stadtrates vom 24.04.2013, Vorlagen-Nummer V/2012/10759, S. 75
- **Anlage 2:**
Antrag (Formblatt) auf Gewährung einer Zuwendung zur Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)

Anlage 1

Entwicklungsziele der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) gemäß Beschluss des Stadtrates vom 24.04.2013, Vorlagen-Nummer V/2012/10759, S. 75

KAT.	ENTWICKLUNGS-ZIEL	CHARAKTERISIERUNG / MASSNAHMENSCHWERPUNKTE
Prioritäre Erhaltungsbereiche		
I	Erhalt	Anlagen mit besonderer Bedeutung für das städtische Grünsystem <ul style="list-style-type: none"> ○ Lage in innerer Stadt oder im Umfeld von Mehrfamilienhäusern → Erhalt bzw. Aufwertung der (öffentlichen) Erholungsfunktion → vorrangig Maßnahmen zur Nachfragesteigerung → Lösung erheblicher Nutzungskonflikte
Ia	Erhalt mit Teilneuordnung	<ul style="list-style-type: none"> ○ Flächen im HQ 100 oder im Gewässerschonstreifen ○ Flächen in naturschutzfachlich sensiblem Landschaftsraum ○ Flächen mit starker Lärmbelastigung → bei Leerstand aufgrund erheblicher Nutzungskonflikte Teilrückbau
Erhaltungsbereiche mit optionaler Umstrukturierung		
II	Erhalt, optional Rückbau/ Erholungsgärten	Anlagen mit allgemeiner Bedeutung für das städtische Grünsystem <ul style="list-style-type: none"> ○ periphere oder ungünstige Lage oder Anlage sehr klein → Erhalt bzw. Aufwertung der (öffentlichen) Erholungsfunktion, solange Nachfrageperspektive besteht → Lösung erheblicher Nutzungskonflikte → bei zunehmendem Leerstand mittelfristig schrittweiser Rückbau oder Umwidmung zu Erholungsgärten
Ila	Erhalt mit Teilneuordnung, optional Rückbau/ Erholungsgärten	<ul style="list-style-type: none"> ○ Flächen im HQ 100 oder im Gewässerschonstreifen ○ Flächen in naturschutzfachlich sensiblem Landschaftsraum ○ Flächen mit starker Lärmbelastigung → bei Leerstand aufgrund erheblicher Nutzungskonflikte Teilrückbau
Umstrukturierungsbereiche		
III	Rückbau bei Leerstand	Anlagen mit Leerstand aufgrund erheblicher Nutzungskonflikte <ul style="list-style-type: none"> ○ Lage im HQ 100 oder im Gewässerschonstreifen ○ Anlage mit starker Lärmbelastigung ○ Lage in naturschutzfachlich sensiblem Landschaftsraum ○ Lageungunst (Gewerbegebiet, Leitungs-/Verkehrstrassen) ○ die Darstellung als Bau- oder Verkehrsfläche im Flächennutzungsplan → bei zunehmendem Leerstand mittelfristig schrittweiser Rückbau
IV	Umwidmung zu Erholungsgärten	Anlagen mit zunehmendem Charakter von Erholungsgärten <ul style="list-style-type: none"> ○ Eignung als Erholungsgarten aufgrund attraktiver Lage ○ Anlage entspricht zunehmend nicht mehr der Definition nach BKleingG und SVG oder Nachfrage als Kleingarten sinkt → Umwidmung zu Erholungsgärten, um durch weniger Nutzungsaufgaben erhöhte Nachfrage anderer Nutzergruppen zu erzielen → mittelfristig Darstellung als Erholungsgarten im Flächennutzungsplan → Verhinderung der Umwandlung in Wohnbauland („Splittersiedlung“)

Eingangsvermerk
Az.:

Anlage 2

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung und Stabilisierung des Kleingartenwesens (nach Förderrichtlinie Kleingartenwesen)

Antragsteller (Kleingartenverein)	Bankverbindung
Kleingartenverein	IBAN
Name, Vorname (Vorstandsmitglied)	BIC
Straße, Nr.	Bankinstitut
PLZ, Ort	
Telefon	
E-Mail	

Wir beantragen eine Zuwendung nach Ziffer 2.1 der o.a. Förderrichtlinie für eine in		Jahr
geplante Maßnahme:		
geplante Maßnahme (detaillierte Kurzbeschreibung) - bei Platzmangel gesondertes Blatt benutzen! -		voraussichtliche Kosten in EURO einschließlich der vorgesehenen Eigenleistungen

Vervielfältigung, Nachahmung und Veröffentlichung nur mit Genehmigung

eFORM 61-002

Die voraussichtlichen Gesamtkosten setzen sich wie folgt zusammen:		
a)	Materialkosten	
b)	sonstige Kosten	
c)	Eigenleistungen (Stundensatz nach allg. Mindestlohn)	Stunden x €
Gesamtkosten		

Rechnerische Ermittlung der anzuerkennenden Eigenleistungen:	
a)	30 v.H. der Gesamtkosten
im Vergleich zu den	
b)	tatsächlichen Eigenleistungen (siehe oben)
Als unbare Eigenleistungen können maximal 30.v.H. der Gesamtkosten, jedoch nicht mehr als die tatsächlich anfallenden unbaren Eigenleistungen als zuwendungsfähige Aufwendungen anerkannt werden.	
c)	anzuerkennende Eigenleistungen

Die zuwendungsfähigen Aufwendungen setzen sich somit wie folgt zusammen:	
a)	Materialkosten
b)	sonstige Kosten
c)	anzuerkennende Eigenleistungen
zuwendungsfähige Aufwendungen	

Die voraussichtlichen Gesamtkosten werden wie folgt finanziert:		
a)	bare Eigenmittel (auch aus Krediten)	
b)	anzuerkennende Eigenleistungen	Stunden x €
c)	Zuwendung Dritter	
d)	beantragte Zuwendung nach Nr. 5 der Förderrichtlinie (max. 90 v.H. der zuwendungsfähigen Aufwendungen)	
Insgesamt		

Als Anlagen sind beigefügt:	
a)	Begründung und ausführliche Beschreibung der Maßnahme;
b)	detaillierte Kostenaufstellung und Finanzierungsplan; Bestätigung über unbare Eigenleistungen;
c)	Lage- und Bauplan, in denen die vorgesehenen Maßnahmen eingezeichnet sind;
d)	bauaufsichtliche Genehmigung, soweit eine solche erforderlich ist;
e)	Vorlage eines Nachweises über die Zustimmung des Grundstückseigentümers;
f)	Auszug aus dem aktuellen Vereinsregister und Kopie des Anerkennungsbescheides über die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit nach Bundeskleingartengesetz.

Wir beantragen eine Zuwendung nach Ziffer 2.2 der o.a. Förderrichtlinie für eine in
geplante Maßnahme:

Jahr

geplante Maßnahme
(detaillierte Kurzbeschreibung)
- bei Platzmangel gesondertes Blatt benutzen! -

voraussichtliche Kosten in EURO
einschließlich der vorgesehenen
Eigenleistungen

Gesamtkosten

Zuwendungsbetrag / Insgesamt

Als Anlagen sind beigefügt:

- a) Begründung und ausführliche Beschreibung der Abbruch- bzw. Beseitigungsmaßnahme einschließlich der Folgenutzung;
- b) detaillierte Kostenaufstellung und Finanzierungsplan;
- c) Lageplan, in dem die vorgesehenen Maßnahmen eingezeichnet sind;
- d) bauaufsichtliche Genehmigung, sofern eine solche erforderlich ist;
- e) Vorlage eines Nachweises über die Zustimmung des Grundstückseigentümers und Klärung des Pachtverhältnisses für die zu beräumenden Kleingartenflächen;
- f) Auszug aus dem aktuellen Vereinsregister und Kopie des Anerkennungsbescheides über die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit;
- g) Vorlage eines Nachweises des Pächters über den Verzicht auf eine Entschädigungszahlung nach §11 Bundeskleingartengesetz.

Wir beantragen eine Zuwendung nach Ziffer 2.3
der o.a. Förderrichtlinie für Umsiedlungsaufwendungen in

Jahr

Entstandene Kosten in Euro

Als Anlagen sind beigefügt:

- a) Abschrift des verbindlichen Wertermittlungsprotokolls/Schätzprotokolls;
- b) Vorlage eines Nachweises über die Zahlung der Entschädigung (Kontoauszug, o.ä.);
- c) Abdruck des gekündigten Einzelpachtvertrages;
- d) Abdruck des neu abgeschlossenen Einzelpachtvertrages (bei Umsiedlung);
- e) Vorlage eines Nachweises des Antragstellers darüber, dass die Parzelle geräumt und an den Kleingartenverein übergeben wurde (Übergabeprotokoll).

Es wurden weitere Fördermittel für dieses Vorhaben beantragt.	ja	nein
Wir erklären, dass wir allgemein bzw. für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt sind.	ja	nein
Die vorgesehenen Maßnahmen wurden noch nicht begonnen. Uns ist bekannt, dass erst nach Eingang des Bewilligungsbescheides begonnen werden kann, da andernfalls eine Förderung ausgeschlossen ist.		
Ein Rechtsanspruch auf die Genehmigung von Zuwendungen besteht nicht.		
Wir versichern, dass alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden und dass wir bereit sind, nötigenfalls weitere Unterlagen nachzureichen.		

Ort, Datum

, den

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers